

Seminar im FS 2025: Public Health Law

FS 2025

Prof. Dr. iur. Thomas Gächter / RA Dr. iur. des. Marie-Hélène Peter-Spiess

Gegenstand des Seminars

Das Öffentliche Gesundheitsrecht hat in der Schweiz lange ein Schattendasein gefristet. Spätestens mit der Covid-19-Pandemie ist die praktische Bedeutung dieses Rechtsgebietes aber ins allgemeine Bewusstsein gerückt.

Es geht bei «Public Health» aber um viel mehr als die blossе Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Der sehr breite Public-Health-Ansatz strebt nach einer ganzheitlichen und systematischen Sicherstellung der menschlichen Gesundheit. Es soll nicht erst gehandelt werden, wenn ein Gesundheitsschaden bereits eingetreten ist. Vielmehr sollen Krankheiten verhindert werden, indem die Lebensumstände, die allenfalls zu Krankheiten führen, systematisch verbessert werden.

Politisch stossen Massnahmen des öffentlichen Gesundheitsschutzes häufig auf Widerstand, da sie mit Einschränkungen und Verboten verbunden sein können, die als einschränkend wahrgenommen werden. Häufig werden auch die ideologischen Fundamente von Public Health kritisch hinterfragt.

Das Seminar möchte einen Beitrag leisten, diese Fragen juristisch einzuordnen und – aus rechtlicher Sicht – Spielräume und Gefahren auszuloten.

Mögliche Themen

Hinweis: Es sind mehr Themen aufgeführt, als Plätze vergeben werden. Auf diese Weise soll auch am Schluss noch eine Auswahl von Themen bestehen.

Die Themen können wahlweise auf Deutsch oder auf Englisch bearbeitet werden.

Thematische Betreuung (letzte Spalte): Thomas Gächter (TG) oder Marie-Hélène Peter-Spiess (MHP)

	Thema	Beschreibung	
1	Recht auf eine saubere Umwelt? Grundlagen und Schranken eines solchen Rechts in der Schweiz	Auch aus Gründen der Gesundheit, nicht nur der Ökologie, wird immer wieder ein Grundrecht auf saubere Umwelt gefordert. Wie ist der Stand der Diskussion zu diesem allfälligen Grundrechtsgehalt und welche Chancen und Schwierigkeiten würde die Anerkennung eines Rechts auf eine saubere Umwelt mit sich bringen? Wer wäre allenfalls legitimiert, ein solches Recht vor Behörden und Gerichten einzufordern?	TG
2	Das neue Tabakproduktegesetz und die WHO-Tabakkonvention	Jüngst ist in der Schweiz das Tabakproduktegesetz in Kraft getreten. Sein Verhältnis zur WHO-Tabakkonvention ist aber spannungsgeladen, denn das Tabakproduktegesetz genügt den Vorgaben der WHO-Tabakkonvention nicht. Welche Massnahmen müssten zusätzlich verankert werden, um die WHO-Tabakkonvention genehmigen und ratifizieren zu können? Wäre das erstrebenswert? Warum?	MHP
3	Regulierung von E-Zigaretten Gerechtfertigter Schutz oder übertriebener Eingriff?	In der Öffentlichkeit wurde in den vergangenen Jahren intensiv darüber diskutiert, wie mit E-Zigaretten umgegangen werden soll. Zunächst als Ausstiegs-Hilfe konzipiert, verbreiten sich E-Zigaretten zunehmend. Auch wenn die Gesundheitsrisiken geringer sind als beim konventionellen Rauchen, fordern Experten eine einschränkende Regulierung. Ist eine solche zu begrüssen oder abzulehnen? Und an welchem Punkt steht die aktuelle schweizerische Gesetzgebung?	MHP
4	Tabakwerbung und ihre Einschränkung Stand und Analyse der Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben	Die schweizerische Bundesverfassung kennt ein weitgehendes Verbot von Tabakwerbung, die Kinder und Jugendliche erreicht. Die parlamentarische Umsetzung des Verbots (die gegenwärtig im Gange ist), vermag vorerst aber noch nicht zu überzeugen. Es wird gar moniert, dass die gegenwärtigen Umsetzungspläne im Widerspruch zu den Verfassungsvorgaben stünden. Inwiefern trifft das zu und auf welche Weise (und auf welchen Wegen) wäre allenfalls eine vollständige Umsetzung des Verfassungstextes zu erreichen?	TG

5	Cannabis-Legalisierung Grundrechtlich geboten oder gesundheitspolitisch gefährlich?	In verschiedenen Staaten ist der Cannabis-Konsum stark liberalisiert und teilweise vollständig legalisiert worden. Entsprechende Diskussionen werden auch in der Schweiz geführt. Aus rechtlicher Sicht stellt sich die Frage, ob eine allfällige Legalisierung des Konsums verfassungsrechtlich (im Sinn der persönlichen Freiheit) eher geboten oder im Sinn des öffentlichen Gesundheitsschutzes abzulehnen ist. Welche Gründe sprechen nach wie vor für ein Verbot, welche dagegen?	TG
6	Stress und Prävention Sind staatliche Massnahmen zur Verhinderung von Stress und dessen Folgen zulässig oder gar erforderlich?	Es ist kaum mehr bestritten, dass Stress zu den wichtigen Ursachen einerseits von psychischen, andererseits aber auch von somatischen Krankheiten zählt. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung gibt denn auch an, mit einer gewissen Regelmässigkeit unter Stress zu leiden. Da die Ursachen von Stress vielfältig sind, ist die Bekämpfung nicht ganz einfach. Sehr häufig steht Stress zudem auch im Zusammenhang mit hohen Anforderungen, die Menschen an sich selbst stellen, insbesondere im Beruf. Dementsprechend empfindlich würden sie auch auf regulierende Eingriffe reagieren. Müsste oder könnte der Staat mehr tun, um Stress – namentlich am Arbeitsplatz – zu verhindern?	TG
7	Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Genügen die Umsetzungsinstrumente in der Schweiz?	Zahlreiche Krankheiten haben einen Zusammenhang zur beruflichen Tätigkeit. Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stehen allerdings selten im Zentrum des politischen Interesses. Dies dürfte auch darin begründet liegen, dass die bestehenden Vorschriften eher laxe umgesetzt werden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es anderer Ansätze (und wenn ja: welcher?) bedürfte, um die Gesundheit am Arbeitsplatz wirkungsvoll zu schützen.	MHP
8	Handyverbote für Jugendliche als Gebot von Public Health? Mögliche Grundlagen und Schranken	Der negative Einfluss von mobilen Endgeräten auf den psychischen, aber auch physischen Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen ist unterdessen erwiesen. Experimente mit Einschränkungen solcher Geräte z.B. an Schulen zeigen Erfolge. Dementsprechend wird auch ein weitergehendes Verbot von mobilen Endgeräten für Kinder und Jugendliche diskutiert. Auf welchen Grundlagen und innerhalb welcher Schranken wären entsprechende Einschränkungen und Verbote überhaupt möglich?	TG
9	Impfobligatorien Genügt die geltende Regelung den verfassungsrechtlichen Vorgaben?	Während der Covid-19-Pandemie wurde die Frage allfälliger Impfobligatorien intensiv diskutiert. Die Schweiz kennt entsprechende gesetzliche Grundlagen, die im Fall von Covid-19 aber nicht aktiviert wurden. Liegt das daran, dass die geltende Regelung zu wenig weit geht? Oder geht sie zu weit? Genügt die geltende Regelung mit anderen Worten den Vorgaben, die an eine moderne und ausgewogene Regelung gestellt werden dürfen?	MHP
10	Staatliche Instrumente zur Zuckerreduktion Besteht Handlungsbedarf?	Übermässiger Zuckerkonsum führt sehr verbreitet zu verschiedenen gesundheitlichen Problemen. Staatliche Massnahmen, die den Zuckerkonsum reduzieren, stehen indes im Spannungsverhältnis mit verschiedenen verfassungsrechtlichen Garantien. Zudem sind staatliche Eingriffe in etablierte Ernährungsgewohnheiten politisch heftig umstritten. Besteht hier Handlungsbedarf und welche Massnahmen sollten sinnvollerweise erwogen werden?	MHP
11	Übergewicht Braucht es staatliche Massnahmen und Kampagnen?	Übergewicht und Adipositas zählen zu den verbreitetsten Zivilisationskrankheiten. Die Ursachen sind vielfältig. Dementsprechend schwierig ist es, diese gezielt anzugehen. Vor allem greifen sie regelmässig in die Lebensgewohnheiten Einzelner ein und sind dementsprechend umstritten. Braucht es staatliche Massnahmen oder allenfalls staatliche Informationskampagnen, um Übergewicht und Adipositas zu bekämpfen? Welche verfassungsrechtlichen Vorgaben und Schranken sind zu beachten?	TG
12	Gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (Health Claims) in der Schweiz Ist das Korsett zu eng oder die Regelung zu laxe?	In den letzten Jahren haben Lebensmittel, die mit gesundheitsbezogenen Angaben werben, starke Verbreitung gefunden. Health Claims von Lebensmitteln stehen allerdings in einem Abgrenzungsverhältnis zu heilmittelrechtlichen Bestimmungen. Angesichts der immer weiteren Verbreitung von Lebensmitteln mit gesundheitsbezogenen Angaben stellt sich die Frage, ob die schweizerische Gesetzgebung hier den Anforderungen genügt und die Konsumentinnen und Konsumenten hinreichend geschützt werden.	MHP
13	Organspende nach dem Tod Widerspruchsregelung als Wendepunkt?	Das Stimmvolk hat der Einführung der sog. Widerspruchsregelung bei der Leichenspende zugestimmt. Gegenwärtig wird diese Gesetzesänderung umgesetzt. Ziel der Regelung war u.a. einfacher mit Angehörigen über die Einwilligung zur Organspende sprechen zu können. Allerdings setzt die Widerspruchsregelung voraus, dass die möglichen Betroffenen und ihre Angehörigen informiert sind, dass die Organe Verstorbener gespendet werden können (ohne Widerspruch). Ist nun mit einer Wende bei der Organknappheit zu rechnen? Wie muss die Regelung korrekt umgesetzt werden?	MHP
14	Lebendspende von Organen, Zellen und Geweben Sind die Spender hinreichend abgesichert?	Bei der Lebendspende von Organen, Zellen und Geweben bestehen für die spendende Person gewisse (wenn auch sehr seltene) Gesundheitsrisiken, die von Gesetzes wegen abgesichert werden müssen. Genügen die heute vorgesehenen Absicherungsmechanismen den Anforderungen oder besteht Verbesserungspotential?	TG